Dr. Eva Maria Huntemann

Neuer Vorstand AfD Ortsverband Schönwalde-Glien seit dem 27.9.2018

Mit der Wahl der Juristin Dr. Eva Maria Huntemann als neue Vorsitzende hat der Ortsverband zugleich die Weichen für die Kommunalwahl im Mai 2019 gestellt. „Ich will nicht nur den Ortsverband, ich will die AfD als starke Fraktion in die Gemeindevertreterversammlung Schönwalde-Glien führen“, so das vormalige Mitglied der CDU.
Wir möchten hinzufügen, dass sich die Gemeinde auf eine selbstbewusste und fachkompetente AfD-Fraktion mit Gestaltungswillen einstellen darf.
Zu weiteren Vorstandmitgliedern wurden gewählt: Susanne Brien (MTA) als Stellvertreterin, Michael Rhein (Beamter) als Schriftführer, Sabine Rabe (Ingenieurökonomin i.R.) als Beisitzerin und Axel Schröder (Unternehmer) als Beisitzer.

„Eine Frauen-Mehrheit geht auch ohne Quote“, so Frau Dr. Huntemann im Zitat zu „ihrem“ Vorstand.

AfD in der Gemeinde

Den AfD-Ortsverband gibt es erst seit ca. 18 Monaten. Wir haben inzwischen einen sehr aktiven Ortsverband mit ständig steigenden Mitgliederzahlen und, was besonders wichtig ist, wir verfügen über berufs- und lebenserfahrene Bürgerinnen und Bürger aus den unterschiedlichsten Berufen wie z.B. Kaufleute, Ingenieure, Banker, Rechtsanwälte ebenso wie Beamte, Handwerker oder Pädagogen, Sozialarbeiter und Dienstleister.

Wir sind die „Mitmach“- Partei

Die Kommunalwahl im Mai 2019 wirft ihre Schatten voraus. Deshalb, am nächsten Stammtisch, 1. November, wollen wir erste Kandidatenlisten für diese anstehende Wahl aufstellen. Interessierte aus unserer Gemeinde werden informiert und können sich wunschgemäß dann gleich in die Listen eintragen. Wir freuen uns über jeden, der kommunalpolitische Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen möchte, im Sinne unserer Ziele und unseres Programmes.

Wussten Sie schon …

dass der äußere Schein einer Gemeinde, die im „satten Speckgürtel“ Berlins liegt, trügt?
„Es ist längst nicht alles Gold, was glänzt.“
Hier einige Problemfelder, die aus der Sicht einer nicht verkrusteten, neuen Kraft wie der AfD angegangen werden müssen. Es sind Problemfelder, die in den zirkulierenden Hochglanzbroschüren einer CDU nicht angesprochen werden, aber für die die Bürgerinnen und Bürger eine Antwort erwarten dürfen:

- Die Gemeinde Schönwalde-Glien hat den Jahresabschluss im September 2018 erstellt – jedoch für das Jahr 2012!
- Die Kosten für den Straßenausbau werden zu 90% den Anliegern aufgebürdet. Von der Prioritätenliste über die Planung bis zur Bauausführung gibt es viele Punkte, die offensichtlich nicht in erster Linie den Anliegerinteressen dienen.
- Der Breitbandausbau ist nach wie vor völlig ungenügend und wird auch nicht aktiv vorangetrieben. Selbst für geplante Baugebiete wie zum Beispiel „WIESENWEG“ im OT DORF liegen bisher keine Konzepte für solche Anschlüsse vor.
- Das Gewerbesteueraufkommen schrumpft – und das in einer Gemeinde im besagten Speckgürtel Berlins.
  Effektive Gewerbeplanung? Fehlanzeige.
- Die geplante Verpachtung der Strandbadgaststätte ist offensichtlich nicht an fehlenden Fachkräften, sondern an realitätsfernen Pachtforderungen geplatzt. Und nun?
- Bauherren und Bauträger beklagen wiederholt nicht nachvollziehbare Auflagen.

Bitte unterstützen Sie uns und unsere Arbeit durch Ihr Engagement als Förderer, Unterstützer, oder natürlich als Mitglied. Berichten Sie im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis von unseren Stammtischen und Veranstaltungen, und nicht zuletzt, sprechen Sie uns direkt an, wenn Sie als Gemeindevertreter, Ortsbeirat, oder Kreistagsabgeordneter aktiv mit uns Politik gestalten möchten!

Danke für Ihre Spende:

AfD Kreisverband-Havelland
Verwendungszweck: Schönwalde-Glien
IBAN: DE 55 1605 0000 1000 8464 38
BIC: WELADED1PMB

Alternative für Deutschland

AfD-Kreisverband Havelland
Kai Berger
Heinrich-Heine-Str. 40, 14727 Premnitz

AfD Ortsverband Schönwalde-Glien

Siedlung • Dorf • Wansdorf • Pausin • Perwenitz • Paaren • Grünefeld

Alternative für Deutschland

Liebe Schönwalder Bürgerinnen und Bürger!

Wir freuen uns, Ihnen unseren aktuellen Flyer überreichen zu dürfen und hoffen, daß unsere Beiträge einerseits informieren und andererseits zur Diskussion anregen. Gerne beteiligen Sie sich an unserem offenen Stammtisch an jedem ersten Donnerstag eines Monats. Wir freuen uns auf Sie am 1. November um 19 Uhr im Gasthof Schwanenkrug in Schönwalde-Siedlung, oder auch gerne an einem der darauffolgenden Termine.

Landtagswahl in Bayern

Die Alternative für Deutschland ist jetzt auch im 15. Bundesland vertreten. Nach der Landtagswahl in Hessen am 28.10.2018 dürfte die AfD auch im letzten der 16 Bundesländer vertreten sein.
Die AfD hat am 14.10.2018 mit 10,2% der Wählerstimmen auf Anhieb den erstmaligen Einzug in den bayerischen Landtag feiern können.
CSU und SPD haben dabei herbe Verluste hinnehmen müssen. Die bisher alleinregierende CSU hat einen deutlichen Dämpfer erfahren. Gleichzeitig ist dies auch ein Votum über das Politversagen der GroKo in Berlin.
Die CSU erwägt nun, mit den Freien Wählern, eine „bürgerliche“ Koalition anzustreben. Die Partei „Freie Wähler“ vertritt viele Forderungen der AfD, z.B. die strikte Ablehnung der Eurorettungspolitik, die Abschiebung von Personen ohne Aufenthaltsstatus, ein Verbot des Familiennachzuges für Migranten, eine Stärkung der deutschen Heimat und eine sinnvolle Energie- und Landwirtschaftspolitik.
Die Freien Wähler werden jedoch trotz Übereinstimmung mit AfD Positionen in keiner Weise von den Mitte-Linksparteien als Rechtspopulisten gesehen. Die AfD aber schon.
Eine Koalition mit den Freien Wählern wäre das Signal, durchaus auch mit der AfD Gespräche zu führen, sowie konstruktiv und themenbezogen zu kooperieren. Die Lösung der vorhandenen und entstandenen Probleme bringt ein Land voran.

Landtagswahl in Hessen

Die AfD wird mit großer Wahrscheinlichkeit am 28.10.2018 in allen 16 Bundesländern parlamentarisch vertreten sein. In Hessen erwarten wir den erstmaligen Einzug der AfD mit zweistelligem Ergebnis in den Landtag. Es ist absehbar, dass auch in Hessen die noch regierende Koalition aus CDU/GRÜNE deutlich an Zuspruch verlieren wird.

Großdemo in Berlin Menschlichkeit sieht anders aus

Am 13.10.2018 wurde wohl eine Großzahl gutgläubiger Menschen für die Teilnahme an einer Großdemonstration unter dem Motto „Unteilbar - für Menschlichkeit“, eine Demonstration für Weltoffenheit und Toleranz, unter falschen Vorzeichen angelockt.
Wie der Tagespresse zu entnehmen war, marschierten dort auch Kommunisten, Islamisten, DITIB, Linksextremisten, Antisemiten und Unterstützer kurdischer Terrororganisationen, die allesamt nicht gerade für Toleranz und Weltoffenheit einstehen, mit.
Die Deutschlandfahne als Symbol unseres Landes und unserer Wertegemeinschaft war in dieser „bunten, toleranten, weltoffenen Demonstration “ für gleichgeschaltete linksgrüne Gesinnung“ jedenfalls nicht erwünscht. So wurde es von der Veranstalterin dieser Großdemonstration Frau Theresa Hartmann zum Beispiel im TAGESSPIEGEL formuliert.

Dieselgate

Die hysterische „Verteufelung“ der privaten und gewerblichen Mobilität bezüglich der Dieselfahrzeuge nimmt fatale Ausmaße an. Dieselben Altpolitiker, die bis vor kurzem sogar mit steuerlichen Vergünstigungen den Diesel als Klimaretter gefeiert und gefördert haben, erkennen jetzt plötzlich ihren Irrweg und verkünden einen Dieselkompromiss nach dem anderen. Im Endeffekt nicht umsetzbar und zudem nutzlos. Natürlich muss auch dieses Versagen wieder der Steuerzahler, der Gewerbetreibende, der Selbständige zahlen.
Welch ein Irrsinn und Verdummung der Bevölkerung. Im Straßenverkehr soll ein Stickoxid-Wert von 40 mg/m^3 eingehalten werden, aber am Arbeitsplatz darf der Arbeitnehmer einer Belastung von 950 mg/m^3 ausgesetzt sein.
Und im Übrigen, ein einziger Containerriese verursacht höheren Schadstoffausstoß als sämtliche Dieselautos auf deutschen Straßen zusammen.

www.afd-schoenwalde-glien.de

Wahrheit des Jahres

Wir danken unserem Innenminister Horst Seehofer für den Mut und für seine Ehrlichkeit,
endlich einmal die Wahrheit ausgesprochen zu haben:
„Die Mutter aller politischen Probleme ist die Migration“

DEUTSCH-LAND SCHAFFT SICH AB

Dieser bekannte Satz von Thilo Sarrazin erfährt nun eine neue dramatische Bedeutung durch den sogenannten „Global Compact for Migration“ -- „Globaler Pakt für sichere, geordnete und regulierte Migration“.
Nicht bekannt? Unsere deutsche Regierung und die EU, sowie die regierungskonform berichtenden Medien haben dies wohlweislich verschwiegen.
Der Berliner AfD Politiker Dr. Nicolaus Fest (u.a. ehemals stellvertretender Chefredakteur der BILD AM SONNTAG) hat in einem Referat die wichtigsten und folgenschwersten Vereinbarungen dieses Abkommens benannt. Diese unfassbaren Maßnahmen hier im Zitat: „Im Dezember 2018 soll in Marrakesch/Marokko das Globale Migrationsabkommen angenommen werden
Das ist eine gesellschaftspolitische Atombombe. Danach ist jede Person berechtigt, sich überall niederzulassen, egal ob Flüchtling oder Migrant. Im Klartext: es gibt keine staatliche Souveränität mehr und keine Grenzen. Es gibt nur noch offene Siedlungsgebiete. In der Vorlage zum „Global Compact for Migration“ sind diese Ziele klar formuliert, darin heißt es:
- Migration wird ein eigenes Menschenrecht, dieses Recht geht den Rechten der Einheimischen vor.
- Staaten haben Migration aktiv zu fördern, z.B. durch sichere Reiserouten.
- Migranten haben selbstverständlich vollen Anspruch auf alle Sozialleistungen.
- Migranten dürfen ihre eigene Kultur in eigens dafür zu gründenden Stadtvierteln leben (z.B. Scharia-Steinigungen und hinduistische Witwenverbrennungen wären dann erlaubt?)
- Kinder von Migranten erhalten automatisch die Staatsbürgerschaft des Landes in dem sie geboren sind, und zusätzlich die der beiden Elternteile (also maximal drei Staatsbürgerschaften).
- jedes Migrantenkind darf seine gesamte Familie nachziehen lassen.
- kritische Berichterstattung über Migration soll zum Verlust aller staatlichen Förderungen führen, so soll Meinungs- und Pressefreiheit beschnitten werden.

Im Vorfeld haben SPD und Grüne ausdrücklich erklärt; Migration ist positiv und unabwendbar.
Schon im April 2018 wurden diese Vorschläge völlig unbemerkt von der Öffentlichkeit vom EU-Parlament angenommen, natürlich auch mit den Stimmen der deutschen Mitte/Linkspolitiker.
Dieser EU-Entwurf ist mittlerweile von 25 auf 34 Seiten erweitert worden, ohne jegliche öffentliche Beteiligung. Federführend ist Außenminister Maas, auch ohne Beteiligung des deutschen Parlaments, mit klaren Verschärfungen zu Lasten der europäischen Länder. Sollte die Kanzlerin im Dezember zustimmen, wird der „Global Compact for Migration“ wirksam. Dann sind die Tore in Deutschland offen für Alle und sie lassen sich kaum mehr schließen.
Ein Machwerk links-rot-grüner Feinde des Nationalstaats. Sie wollen die europäischen Völker zerstören und die Nationalstaaten. Die UN sagt unverhohlen: Die empfangenden Länder haben die Pflicht, den jährlichen Neuansiedlungsbedarf sicherzustellen und zu gewährleisten. Ein Recht, sich der Migration zu verschließen, haben diese Länder nicht. Damit wird Deutschland aufhören zu existieren, die deutsche Bevölkerung wird ausgedünnt und zurückgedrängt.
Nur Ungarn, Dänemark, Australien und die USA haben den Global Migration Compact bereits abgelehnt. Allerdings ist davon auszugehen, dass viele Länder noch folgen werden.“
Soweit die Ausführungen von Dr. Nicolaus Fest. Anzumerken ist die Begründung der USA bezüglich ihrer Ablehnung dieses Abkommens: „Wir sind eine Nation und kein Siedlungsgebiet“ – so der Originalton des amerikanischen Präsidenten.
Auf unserer Schönwalder Internetseite www.afd-schoenwalde-glien.de finden Sie dazu ebenfalls einen informativen Beitrag mit weiterführenden Links.

Europa im politischen Wandel

Merkel hat zweifelsohne mit ihrer unheilvollen Politik erheblich zur Spaltung des Vereinten Europa und ihrer Gesellschaften beigetragen. Unter anderem wäre es ohne die illegale und nicht vorher abgesprochene Masseneinwanderung vermutlich nicht zum Brexit, zum Austritt Großbritanniens aus der EU, gekommen.
Die osteuropäischen Staaten, u.a. Polen, Tschechien und Ungarn stehen in harter Konfrontation zu Merkels desaströser Politik. Diese Länder haben bereits nationalkonservative Regierungen. Inzwischen haben sich auch Italien, Dänemark und Österreich für eine Politik entschieden, die weitgehend den AfD-Positionen entspricht. Gemeinsam repräsentieren sie jetzt schon einen erheblichen Teil der EU-Bevölkerung. Bei den Wahlen in Schweden im Sommer dieses Jahres sind die „Schwedendemokraten“ mit 17,6% drittstärkste Kraft im schwedischen Reichstag geworden.
Schon heute ist absehbar, dass die Parteien, die für ein Europa der selbständigen Nationalstaaten eintreten, bei der Europawahl im Mai nächsten Jahres vermutlich einen erdrutschartigen Erfolg verbuchen werden können.

www.afd-schoenwalde-glien.de

Das neue Einwanderungsgesetz

Zusätzlich zu dem globalen Migrationspakt der UN sollen deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrer wirtschaftlichen Existenz durch ein sogenanntes Einwanderungsgesetz der GroKo weiter bedroht werden. In Wahrheit dient dies nur der Aufrechterhaltung der „Billiglohnpolitik“, was die sozialen Spannungen in Deutschland weiter verschärfen wird.
Die Vermischung von Asyl und Einwanderung, gepaart mit einem unkontrollierbaren Zuzug in den deutschen Arbeitsmarkt auf allen Ebenen, ist ungerecht, gefährlich und wird für Überlastung und Chaos in den Sozialsystemen sorgen.
Das bei 2,3 Millionen offiziellen Arbeitslosen, zuzüglich Millionen von prekär Beschäftigten mit Minijobs, Leih- und Zeitarbeitern. Und das seit Jahrzehnten. Man will offensichtlich auch nichts daran ändern.
Es kann wohl kaum von einem sogenannten Arbeitskräfte- bzw. Fachkräftemangel gesprochen werden. Nein, Politik und Wirtschaft haben langjährig versagt, denn Aus- und Fortbildung zu sichern ist eine ihrer Kernaufgaben. Aber wir erinnern uns gut, bis vor kurzem noch konnte bzw. wollte die deutsche Wirtschaft in großen Teilen nicht ausbilden. Hunderttausenden von Schulabgängern wurde jahrelang kein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt. Dafür war kein Geld vorhanden. Das rächt sich nun bitter und jetzt soll die zweite große Gastarbeiterlüge weiterhelfen?
Die erste Gastarbeiterlüge aus den 60er und 70er Jahren ist schon einmal mit volkswirtschaftlichen Verlusten in Billionenhöhe gescheitert und dazu kamen die Probleme der Parallelgesellschaften, der Nicht-Integration in der vierten Gastarbeitergeneration, die Belastung der Sozialsysteme und viele Verwerfungen mehr.
Und nun soll auf Druck der Wirtschaft die neu geregelte Einwanderung helfen? Noch dazu ausdrücklich aus Nicht-EU-Ländern. Die Märchen vom syrischen Facharbeiter und Akademiker kennen wir zur Genüge. Und wäre es nicht vorteilhafter wenn eventuelle „Fachkräfte“ aus Schwellen- oder Dritte Weltländern ihrer Heimat zur Verfügung stehen könnten, um diese Länder weiter aufzubauen und voran zu bringen? Nein stattdessen sollen diese „Fachleute“ von dort zu uns gelockt und abgezogen werden?
Nein, diese GroKo taumelt in einer Wahnsinnsblase von Inkompetenz, Perspektivlosigkeit, Arroganz und Totalversagen dem Abgrund entgegen.
Damit unser Land endlich davon befreit wird, muss jetzt eine grundsolide und klug durchdachte Politik durchgesetzt werden. Und dabei kann es nur eine Alternative geben!

GEZ-Gebühren

Die öffentlich-rechtlichen Sender und die großen Verlagshäuser dominieren einseitig die Meinungsbildung und lassen sich zugleich von denen finanzieren, gegen die sie ihre unausgewogene, einseitige Berichterstattung betreiben. 17,50 Euro monatlich für jede Wohnung, ob Erst- oder Zweitwohnung, ob genutzt oder nicht. Insgesamt über 8 Milliarden Euro nicht nur, aber auch in erheblichem Umfang für regierungsnahe Berichterstattung.
Damit an dieser Gebührenzwangseintreibung und an dem Missbrauch der Gelder nicht gerüttelt werden kann, dafür sorgen vor allem die Vertreter der Kartellparteien, Gewerkschaften und der Kirchen. Ein Kernpunkt der AfD-Politik ist weiterhin die Abschaffung dieser GEZ-Zwangsgebühr, aber das kann nur mit entsprechendem Wählerwillen und einer deutlichen Präsenz der AfD im Bundestag angegangen werden.

Es geht abwärts

Der IWF (Internationaler Währungs-Fonds) hat nun nüchtern bilanziert und erschreckende Zahlen veröffentlicht. Weltweit stehen die privaten und öffentlichen Haushalte aktuell mit unfassbaren 182 Billionen Dollar in der Kreide. Das sind sogar rund 60% mehr als vor dem Finanzcrash 2007.
In Deutschland ist die wahre Finanzlage laut IWF so heikel, dass wir uns bei 31 untersuchten Staaten unter den letzten 7 befinden. Sogar hinter Uganda und Kenia. Schlechter liegen noch Österreich, Frankreich, Großbritannien, Portugal. Auffällig, alles EU-Staaten.
Fazit des IWF im Zitat: „Deutschland lebt über seine Verhältnisse!“

Armutszeugnis

Gemäß offizieller Bundesstatistik leben in Deutschland mittlerweile 13 Millionen Arme mit steigender Tendenz.
Die Altparteien versagen hier seit Jahrzehnten. Im Monatsrhythmus verkündet die GroKo neue Rentenkonzepte. Man behilft sich mit kleinen Korrekturen, die nur als fatale Aktionen bezeichnet werden können. Das folgenschwerste Projekt dieser Art war die sogenannte Agenda 2010 der rot-grünen Koalition.
Die AfD hat jüngst ein eigenes zukunftsfähiges Rentenkonzept vorgelegt. Eckpunkte sind eine steuerfinanzierte Grundrente/Mindestrente, eine schrittweise Aufstockung dieser Grundrente ab 25 Jahren Beitragszahlung, parallele Rentensysteme. Rürup- und Riesterrente werden abgeschafft, weil sie sich als hochgradig kontraproduktiv herausgestellt haben. Die Steuerfinanzierung garantiert, dass alle - auch Unternehmen, Beamte, Selbständige und Kapitaleinkünfte - zur Gesamtfinanzierung beitragen.
Durch den Wegfall der Beitragsfinanzierung können diese freiwerdenden Mittel zur individuellen Zusatzversorgung eingesetzt werden. Dieses AfD-Modell soll ausdrücklich zunächst als Diskussionsgrundlage mit allen anderen Parteien dienen; denn es ist verständlich, ein zukunftsfähiges Rentenmodell kann nur im überparteilichen Konsens vereinbart werden.

Einladung zu unseren Stammtischen

Unsere Stammtische sind offene Stammtische.
Jede/r politisch Interessierte ist herzlichst eingeladen.
Die nächsten Termine, jeweils donnerstags um 19 Uhr:
1. November 2018,
6. Dezember 2018,
3. Januar 2019,
7. Februar 2019